

Wittinger Gewerbesteuer steigt

CDU-Gegenargumente finden wegen Krise keine Mehrheit

VON HOLGER BODEN



Der Wittinger Stadtrat legte am Mittwochabend in der Stadthalle eine Schweigeminute für die Opfer des Kriegs in der Ukraine ein. Foto: boden

Wittingen – Mit einer Schweigeminute für die Opfer des Kriegs in der Ukraine begann am Mittwochabend die Sitzung des Wittinger Stadtrats in der Stadthalle. „Dieser Krieg ist auch ein Angriff auf unsere Freiheit“, sagte Stadtbürgermeister Andreas Ritter. Ziel der Stadt sei es, Geflüchteten eine sichere Unterkunft zu bieten. Die Stadt werde kein Spendenkonto einrichten, sondern beizeiten um „bedarfsgerechte Sachspenden“ bitten. Und: Auch angesichts der Krisenlage halte man am geplanten Termin für den Besuch einer Delegation aus der lettischen Partnerstadt Koknese vom 23. bis 27. Mai fest.

Der Krieg in Osteuropa erreichte dann auch die Diskussion über den Wittinger Haushaltsplan für 2022. Die CDU, die die geplante Erhöhung der Gewerbesteuer zuvor schon wegen der Kurzfristigkeit kritisiert hatte, brachte einen Änderungsantrag ein, den Hebesatz bei 360 Prozent zu belassen. Fraktionschef Walter Schulze begründete das mit den Konsequenzen, die der Krieg für die Wirtschaft hat, kleine und mittlere Unternehmen seien beispielsweise von den stark steigenden Energiekosten betroffen: „In dieser Zeit sprechen

wir von einer Gewerbesteuer-Erhöpfung – nach Meinung der CDU passt das nicht in die aktuelle Lage.“ Schulze ergänzte, man nehme den Firmen damit einen Teil der Liquidität, auch wenn ein Teil der Betriebe sich das über die Einkommensteuer zurückholen könne.

Dr. Thomas Weiland (FWG) wollte das Argument nicht gelten lassen. Die Verrechnung mit der Einkommensteuerlast könne schon im Zuge der Vorauszahlung erfolgen, damit bleibe die Liquidität unangetastet. Bei Kapitalgesellschaften, für die sich die Erhöhung effektiv auswirke, bleibe die Mehrbelastung „vernachlässigbar“.

Zuvor hatte auch Ritter für die Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer plädiert. Der sei letztmals 2002 heraufgesetzt worden, während sich „das kommunale Aufgaben- und Leistungsspektrum sowie die Standards und Anforderungen in den letzten 20 Jahren deutlich erhöht“ hätten. Für 60 Prozent der Betriebe werde es „faktisch keine Mehrbelastung“ geben, für die übrigen Unternehmen bleibe der zusätzliche Betrag „überschaubar“.

Auch die BA hatte Zustimmung signalisiert. Fraktionschef Eckhard Meyer fügte aber an, auch Gebühren und Entgelte müssten nun auf den Prüfstand, wenn man über die Ertragsseite des Haushalts rede.

Die Stadt, die mit einem Plan-Defizit von 2,9 Millionen Euro in das Haushaltsjahr geht, erwartet aus der Erhöhung der Gewerbesteuer ein Einnahme-Plus von rund 500 000 Euro, bei einem kalkulierten Gesamtbetrag von 6,5 Millionen Euro.

Die CDU fand für ihren Antrag keine Mehrheit, mit 15:10 Stimmen (einige Ratsherren fehlten wegen Krankheit) lehnte der Stadtrat den Vorstoß ab. Neben der FWG (mehrheitlich) votierten auch SPD, BA und Grüne für die Erhöhung. Damit steigt der Hebesatz von 360 auf 400 Prozent. Die Grundsteuern A und B bleiben derweil unangetastet.

Den Haushalt an sich verabschiedete der Rat dann einstimmig. Bei den Aufwendungen hat der Ergebnishaushalt ein Volumen von 21,6 Millionen Euro. Im Finanzhaushalt stehen Investitionen für rund 14,2 Millionen Euro. Den aktuellen Schuldenstand bezifferte Ritter auf 4 Millionen – das werde sich wegen der nötigen Kreditaufnahmen „deutlich nach oben entwickeln“.